

Protokoll:

Rm Rosenbaum (CDU) erläutert, dass man das Thema „essbare Stadt“ bisher ohne Ergebnis diskutiert habe. Deshalb schlage die CDU-Fraktion vor, den Bürgern die Möglichkeit zu geben, das reife Obst auf städtischen Ausgleichsflächen zu ernten.

Beigeordneter Prümm trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor.

Rm Rosenbaum (CDU) bittet darum, dass die Verwaltung darstelle, wie die in der Stellungnahme angesprochenen Angebote derzeit konkret umgesetzt werden. Auch müsse die Bevölkerung vermehrt auf die bestehenden Angebote aufmerksam gemacht werden.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig sagt eine entsprechende Unterrichtung im Umweltausschuss zu.

Rm Baum (FBG) weist auf die in den vergangenen Wochen geführte Diskussion hin, in der es darum gegangen sei, dass in Privateigentum stehende Bäume ohne Zustimmung der Besitzer abgeerntet worden seien. Man müsse die Bevölkerung auffordern, sich nicht auf Flächen zu begeben, die nicht in ihrem Besitz stehen.

Wenn man ein solches Projekt anstoße, müsse man auch bedenken, dass nicht alle Ausgleichsflächen städtisch seien.

Rm Lehmkühler (SPD) merkt an, dass das Projekt „essbare Stadt“ thematisch etwas anderes sei, als vorliegend diskutiert werde.

Da viele Ausgleichsflächen auch eingezäunt seien und somit die Gefahr bestünde, dass die Zäune beschädigt würden, sollte die Thematik im Umweltausschuss diskutiert werden.

Rm Schmidt (SPD) warnt angesichts der in Güls zur Obsterntezeit gemachten Erfahrungen davor, die Flächen zur Beerntung freizugeben.